



Beratungsvorlage zum Kommunalwahlprogramm Kiel 2008

für die KMV am 14.11.2007

Antragsvorlage sortiert nach Zeilennummern

Zeilennummer	AntragsstellerInnen	Antragstext
Ohne Zeilenbezug	Lutz Oschmann <i>[An Redaktion verwiesen]</i>	Eine Überschrift muss lauten: „ Kiel aktiv für Klimaschutz “
	Ostufergrüne	In die Präambel oder gleich als Punkt 2.1 „demographischer Wandel“: Kiel muss bei all seinen Planungen die demographischen Veränderungen rechtzeitig erfass und einplanen. In den jeweiligen Abteilungen, z. B. Finanzen, Schulen, Verkehr, Gesundheit, Kinder, Migranten, Bauen und Wohnen, Freiflächenbewirtschaftung und Gewerbeansiedlung müssen Planungen einem Demographiecheck unterzogen werden. Die Koordinierung dieser Prüfungen und die Vernetzung könnte von einer entsprechenden Abteilung für demographische Planung durchgeführt werden.
81 – 90	Redaktionsgruppe	Ersetzen durch: Wir wollen in Kiel eine solidarische und vielfältige Stadtgesellschaft mitgestalten. Dies gelingt aber nur, wenn alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Geschlecht, Kultur und Religion daran mitarbeiten. Deshalb setzen wir Grüne uns weiterhin für ein gleichberechtigtes Miteinander ein.
98	Ostufergrüne <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	... Jahrzehnte gerade auf dem Ostufer – von Gaarden über Ellerbek, Wellingdorf bis Dietrichsdorf – und in Mettenhof ballen. <i>[Laut Kurzbericht der GEWOS stehen die Stadtteile Ellerbek/Wellingdorf mit ihren Belastungen an dritter Stelle.]</i>
133/134	Redaktionsgruppe <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Hierbei stehen die Jugendlichen im Fokus , aber auch Eltern die nach der Erziehungszeit wieder einsteigen, Berufsanfänger , Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose gilt es fit zu machen für den ersten Arbeitsmarkt.
136 – 140	Redaktionsgruppe <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Ersetzen durch: Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist immer noch ein Allgemeingut. Wenn 2/3 der bezahlten Arbeit von Männern und 1/3 von Frauen, aber unbezahlte Tätigkeiten wiederum zu 2/3 von Frauen und nur zu 1/3 von Männern geleistet werden, so sehen wir GRÜNEN da erheblichen Handlungsbedarf hin zu einer partnerschaftlichen Übernahme und Verteilung aller Arbeit, bezahlter wie unbezahlter. Die wichtigste Grundlage für die Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfs ist für Frauen und Männer die eigenständige Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit. Dafür ist eine bessere Abstimmung der Arbeits- und

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Lebensbedingungen notwendig. Die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit, ist zudem ein hervorragender Beschäftigungsmotor. Denn verstärkte Kaufkraft ermöglicht zusätzliche Nachfrage und Arbeitsplätze.</p> <p>GRÜNE Frauenpolitik heißt, gleichrangig neben der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit spezielle Belange von Frauen in den Blick zu nehmen, um einer Benachteiligung gezielt entgegenzuwirken. Trotz angespannter Haushaltslage ist und bleibt die weitere Absicherung von Frauenprojekten wie Frauenhäusern, Frauenberatung, Gewaltschutzkonzepten, Frauenkultur, Frauennachttaxi oder auch frauenspezifischer Prävention, Diagnostik und Behandlung im Gesundheitsbereich grüne Priorität.</p>
141	Ostuferrgrüne	Punkt 2.4.1 ändern in: „Geschlechtergerechtigkeit“ <i>[Wir wollen doch verstanden werden.]</i>
147 – 150	Ostuferrgrüne	[Änderung zur Verdeutlichung]: ... weiterhin auf die schrittweise Umsetzung hinarbeiten. Gleichzeitig streben wir durch die schrittweise Umsetzung hinarbeiten. [den restlichen Text streichen]
151	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Punkt 2.4.2 ändern in: „Arbeit und Leben in Einklang bringen“
165 – 167	Ostuferrgrüne	... Strategien entwickeln, welche ... am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, z.B. den Seniorenpass.
182 – 194	Redaktionsgruppe	Unterpunkt 2.5 nach Kapitel 3 verschieben
183	Lutz Oschmann [Vom Vorstand übernommen]	Ein Kind- oder Patchwork-Familien
187	Ostuferrgrüne [Vom Vorstand übernommen]	... dabei auf bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Mütter und Väter aller Einkommensgruppen.
189 – 190	Ostuferrgrüne [Vom Vorstand übernommen]	... von allen Familien mit Neugeborenen, eine Ausweitung der Elternberatung und ausreichende Angebote der Familienbildung in allen Stadtteilen. Dazu ...
215 – 223	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Ändern in: Wir setzen uns dafür ein, dass die Berufsausbildung und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt stärker auf spezifische Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden. Vor allem in Berufen, in denen Zweisprachigkeit und Bi-Kulturalität gefragt sind, wie z. B. in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich und in der Außenwirtschaft sehen wir große Chancen, die wir wahrnehmen wollen. Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit muss als Potenzial anerkannt und frühzeitig gefördert werden.

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
224 – 230	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Unterpunkt „ 2.6.2 Sprache “ eine Position vor Beschäftigungspolitik Migranten vorziehen .
226/227	Ostufegrüne [Vom Vorstand übernommen]	[barrierefrei ersetzen]: ... für eine erfolgreiche Integration ...
	Ostufegrüne	... ermöglicht und verlangt , der vorschulische ...
	Monika Heinold [Vom Vorstand übernommen]	Wir wollen die Landesmittel aus dem Sprachförderprogramm der Landesregierung in Kiel so einsetzen, dass sichergestellt wird, dass alle Kinder schon vor der Schule die deutsche Sprache erlernen können. Auch soll der Sprachförderunterricht wo immer sinnvoll und möglich in den Alltag der Kindertagesstätte integriert werden
230	Ostufegrüne [Vom Vorstand übernommen]	[statt Angebote]: ... sind zusätzliche Maßnahmen notwendig.
256	Anke Erdmann, Jörn Pohl, Sylvia Liethmann [Vom Vorstand übernommen]	<p>zu 2.6 Migranten: Kinder, die auf der Flucht sind, brauchen unsere besondere Unterstützung! In Kiel leben rund fünfzig Kinder und Jugendliche mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Ein kleiner Beitrag zur Integration wäre, diesen Kindern die Möglichkeit zu bieten, sich sportlich oder musikalisch zu betätigen. Der Besuch von Sportvereinen und Musikschulen soll kostenfrei möglich sein, so lange die Familien Leistungen erhalten, die noch unter dem Hartz IV Niveau liegen. Zusammen mit den Vereinen wollen wir dafür tragfähige Lösungen suchen.</p> <p>Selbstbestimmt leben – gerade im Asylverfahren Flüchtlinge haben ein Recht, Ihr Leben weitestgehend selber zu bestimmen. Wir werden uns weiterhin in Kiel dafür einsetzen, dass Flüchtlinge möglichst dezentral untergebracht werden. Wie wollen zudem, dass die Regelung der „eingeschränkten Freizügigkeit“ gelockert wird. Bislang muss jede/r Asylbewerberin, die nach nur nach Kronshagen, Flintbek oder Raisdorf möchte, einen Antrag bei der Kreisverwaltung stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Flüchtlinge nicht für jeden kreisüberschreitenden Weg eine Genehmigung holen müssen. Das entlastet die Verwaltung und erleichtert Flüchtlingen ihr ohnehin schon schweres Leben.</p> <p>Interkulturelle Gärten Ungefähr achtzig Interkulturelle Gärten gibt es zur Zeit in Deutschland. Dort gelingt es, den MigrantInnen das</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		zu geben, was vielen nach eigener Aussage am meisten vermissen: Ein kleines Stück Garten. Wir wollen, dass die Stadt zusammen mit dem MigrantInnenforum prüft, ob und wie dieses Konzept für Kiel übernommen werden kann. Solche Gärten in denen Flüchtlinge, MigrantInnen und Einheimische gemeinsam ackern, bedeuten mehr als Beschäftigung und Lebensmittelproduktion. Interkulturelle Gärten – nach dem Konzept in Göttingen bieten die mehr Möglichkeit, hier selber „Wurzeln schlagen“ zu können.
267	Katja Günther <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Einfügen: ... mit Überwachung. Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab, denn sie ist kein geeignetes Instrument zur Verhinderung von Kriminalität. Stattdessen besteht die Gefahr des Missbrauchs. Für uns ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein schützenswertes Gut unserer Gesellschaft, das wir bewahren wollen.
268 – 270	Redaktionsgruppe <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Ändern in: ... populistischen Aktionismus. Unser Sicherheitskonzept baut darauf, dass Gewaltprävention am besten in der Zusammenarbeit von öffentlichen Trägern und Bürgerinitiativen gelingt.
273	Katja Günther <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Einfügen: ... Kinder und Jugendliche. Es bleibt ständige städtebauliche Aufgabe, Angsträume in öffentlichen Bereichen der Stadt zu vermeiden und weiter abzubauen. Ein städtisches Lichtkonzept darf nicht nur ästhetischen Gesichtspunkten folgen, sondern muss zur Erhöhung der sozialen Kontrolle „Licht ins Dunkel“ bringen.
274/275	Ostufergrüne	... zur Entspannung der Straßenszenen weiter führen.
	Lutz Oschmann	... Straßenszenen in der Kirchhofallee und auf dem Vinetaplatz
292	Sören Kristandt <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten
298	Gisela Schulz, Rolf Kähler, Gigi Ernst-Brettschneider <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	<p>2.11 wird ein neuer Punkt: „Verein auf Gegenseitigkeit – Bonus für Pflege“</p> <p>Wir wollen die Einrichtung einer Organisation unterstützen, die einem zukünftigen Pflegenotstand entgegensteuern kann. Ein Verein auf Gegenseitigkeit: eine Seniorengenossenschaft. Sie soll eine ergänzende, alternative Altersvorsorge sein. Ältere Menschen, die noch im Schaffensprozess stehen oder rüstige Seniorinnen und Senioren, können alten und gebrechlichen Menschen bei den täglich notwendigen Verrichtungen helfen und erwerben auf diese Weise Anrecht auf spätere Dienste. Jede geleistete Arbeitsstunde wird gutgeschrieben und berechtigt noch Jahrzehnte später zu jeweils einer Stunde Hilfe. Oberstes Ziel soll sein, den Mitgliedern das Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Genossenschaft ist kein Ersatz für qualifizierte medizinische Pflege. Die Kommunalpolitik wird aufgefordert, sich bei schon existierenden Organisationen in anderen Kreisen zu informieren, inwieweit eine solche</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Einrichtung in Kiel befördert werden kann.</p> <p>Begründung: <i>Die Möglichkeit, betagte Eltern zu versorgen, nimmt ab. Immer mehr alte Menschen werden zukünftig keine Familie mehr haben, die sie pflegen kann. Profi-Pfleger allein sind nicht nur zu teuer sondern können durch den Zeitdruck nicht die Menschlichkeit bei der Pflege aufbringen, die zum Wohlfühlen der Patienten notwendig ist. Außerdem werden sie zukünftig (auch aus Kostengründen) nicht in dem Umfang zur Verfügung stehen können, wie sie benötigt werden.</i></p>
334 – 343	Stephanie Jehle [Vom Vorstand übernommen]	<p>zu 2.14 Sport:</p> <p>Spiel, Sport und Bewegung sind für das Wohlbefinden der Menschen unverzichtbar. Daher halten wir die Bewegungs-, Spiel- und Sportförderung als Querschnittsaufgabe in den Bereichen Bildung, Frauen, Verein, Stadtentwicklung, Gesundheit, Integration und Wirtschaft für wichtig. Auf diesen Politikfeldern wollen wir verstärkt den Interessen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen.</p> <p>Die Sportvereine gehören zu den wenigen intakten vitalen gemeinnützigen Knotenpunkten im sozialen Netz der Landeshauptstadt Kiel. Damit dies so bleiben kann, die Sportvereine den gesellschaftlichen Wandel auffangen können, will unsere Sportpolitik die Sportvereine stärken. Folgende Ziele stehen dabei im Mittelpunkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Sportvereine darin unterstützen, dass sie am Markt bestehen können. • Intakte und attraktive Sportanlagen zur Verfügung stellen, d.h. besonders auch Sporträume für Schulen und Kita`s schaffen. • Die sozialen Kernaufgaben der Stadt im Zusammenspiel mit den Sportvereinen meistern. Dabei gezielt Projekte der Vereine für Familien (insbesondere mit Migrationshintergrund) und Projekte in sozialen Brennpunkten unterstützen. • Konzepte für Bewegung im Rahmen der Ganztagschule unterstützen, in denen die Vereine miteinbezogen werden. D.h. Kooperationen zwischen den Schulen und den Vereinen fördern, insbesondere die Zusammenarbeit der Schulen und der Vereine im Hinblick auf den Sportunterricht. • Eine Verbesserung der Strukturen der Stadt Kiel mit dem Kieler Sportverband und den Vereinen, um eine verbindlich feste Form der Zusammenarbeit im Sinne des Kieler Sportangebots zu bewirken.
347 – 358	Rainer Pasternack, Regina Rosin	<p>zu 2.15 Kultur:</p> <p>Kiel hat eine lebendige Kunst- und Kulturszene. Die kommunal geförderte Infrastruktur ist dafür eine wichtige Grundlage. Wir setzen und für den Erhalt und die ständige Modernisierung dieser Infrastruktur ein. Das gilt für das Theater mit allen fünf Sparten, die freien Theater, die soziokulturellen Zentren und insbesondere für die Vielzahl an kulturellen Initiativen außerhalb kommunaler Trägerschaft. Wir werden unseren mit den</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		Kulturschaffenden begonnenen Dialog fortsetzen, um die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft bestmöglich erfassen, begleiten und fördern zu können. Die Entwicklung der Kieler Museumslandschaft durch die Förderung der Zusammenarbeit der vielen Museen in unterschiedlicher Trägerschaft ist eines unserer Anliegen. Das „Museumsforum“ als erste Organisationseinheit aller Träger werden wir als ersten Ansatz einer stärkeren Vernetzung unterstützen. Der Neubau eines Stadt- und Schifffahrtsmuseums neben der Fischhalle wird zurzeit geprüft und wir werden uns für die Realisierung einsetzen. Die Verbesserung der Förderung junger Künstlerinnen und Künstler und die Etablierung eines Künstlerhauses gehören zu den vorrangigen Anliegen im Bereich der bildenden Kunst.
359	Rainer Pasternack, Regina Rosin	zu 2.16 Erfolge Grüner Politik: <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt und Weiterentwicklung des gesamten kulturellen Angebotes in der Stadt. • Neustrukturierung und Modernisierung der Kulturverwaltung (Kulturbetriebe). • Erhalt aller Sparten des Theaters und Überführung in die erste kommunale Anstalt öffentlichen Rechts in Schleswig-Holstein.
361	Monika Heinold	hier müssten Beispiele genannt werden, was konkret bewirkt wurde: <ul style="list-style-type: none"> • Grünes Maßnahmenprogramm – umfasst u.a. das Netzwerk zur Gesundheitspolitik von Kindern und Jugendlichen und das Familienzentrum Gaarden - ...
365	Lutz Oschmann [Vom Vorstand übernommen]	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt vom Mädchenhaus „Lotta“
369 – 376	Rainer Pasternack, Regina Rosin	zu 2.17 Ziele Grüner Politik: <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Stärkung und Ausbau der kulturpädagogischen Angebote • Weiterentwicklung des Kulturangebotes auf dem Ostufer und im Süden der Stadt. • Sicherung einer kulturellen Nutzung der Festung Friedrichsort
	Ostufegrüne	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung eines Sozialtickets
378 – 381	Anke Erdmann [Vom Vorstand übernommen]	zu 3 „Kiel bildet für die Zukunft“: „In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist Bildung die wichtigste Ressource und ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Für uns Grüne sind deshalb Investitionen in Bildung und Reformen des Bildungssystems ein wichtiger Bestandteil einer zukunftsgerichteten Politik.“ Ersetzen mit: „Ein gutes Bildungssystem ist die beste Sozial- und Innovationspolitik für die Zukunft. Gute Bildung verbessert Chancen von Kindern und Jugendlichen. Wissen und Kreativität ist die Ressource aus der

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Innovation und wirtschaftliche Entwicklungen entstehen.“</p> <p>Begründung: <i>Die beiden ersten Sätze zum Bildungsteil alleine mit einer ökonomischen Begründung zu beginnen, ist etwas unausgewogen. Die Bildungspolitik ist für Grüne immer auch zukunftsorientierte Sozialpolitik.</i></p>
391 – 431	Monika Heinold, Anke Erdmann, Jörg Nickel	<p>zu 3.1. Kinderbetreuung</p> <p>Wir Grünen wollen, dass alle Kinder gute Startchancen haben! Wir wollen kindgerechte Kitas, in denen schon die Kleinsten Ihrer Neugierde nachgehen können. So wird die Grundlagen für die Fähigkeit zum lebenslangen lernen gelegt. Ein wichtiges Fundament für eine zukunftsfähige und faire Bildungspolitik. Einrichtungen, in denen Kinder betreut werden sind mehr als Orte der Erziehung und Betreuung. Es sind die ersten Bildungsorte.</p> <p>Wir wollen Einrichtungen, in denen die Kinder ihre geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten austesten und weiterentwickeln können. Um allen Kindern die gleichen Chancen zu geben müssen wir endlich den Teufelskreis durchbrechen, dass in Deutschland die Herkunft der Familie automatisch über die Bildungschancen unserer entscheidet.</p> <p>Zu einer Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung gehören mehrerer Bausteine, die wir in einem Programm „Clever starten“ zusammengefasst haben.</p> <p>Für die Landeshauptstadt Kiel heißt dass, dass wir verbindliche Bildungsleitlinien für die Kieler Betreuungseinrichtungen verankern wollen.</p> <p>Auch setzen wir uns dafür ein, dass entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um verstärkt PädagogInnen mit Hochschulabschluss einzustellen und um Fort- und Weiterbildung für die ErzieherInnen anzubieten. Um den wachsenden Aufgaben und Anforderungen in der Kinderbetreuung gerecht zu werden setzen wir uns außerdem dafür ein, dass die Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen an europäische Standards angepasst wird. Eine individuelle Förderung der Kinder, welche von der frühkindlichen Sprachentwicklung bis zur interkulturellen Förderung viele Bereiche umfasst, braucht qualifiziertes Personal zur individuellen Förderung eines jeden Kindes.</p> <p>Ein weiterer Baustein unseres Programms „clever starten“ ist die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, womit in Kiel bereits begonnen wurde. Familienzentren erweitern das Angebot für Eltern in der Kita und schaffen neue Formen der Kontaktaufnahme und des Services für die Familie. Je nach Bedarf im einzelnen Stadtteil können Babysitterdienste, Familienbildung und –beratung, Integrationskurse für Mütter und Väter mit Migrationshintergrund, Kochkurse, Involvenzberatung u.a. in der Kita oder vernetzt mit anderen Einrichtungen angeboten werden. Damit erhalten Eltern Hilfe aus einer Hand. Hierzu können auch medizinische Untersuchungen sowie Sprach- oder Ergotherapie in den Räumen der Kita gehören. Der Vorteil</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>eines solch vernetzten Angebotes ist, dass passgenaues Hilfsangebot schnell aufeinander abgestimmt und in den ganz normalen Kindertagesstättenalltag integriert werden können.</p> <p>Zu einer qualifizierten Weiterentwicklung der Kindertagesstätten- und der Tagespflege gehört auch ein qualitativ gutes Verpflegungsangebot, verbunden mit Ernährungskunde und Bewegungsangeboten. Wir streben an, gemeinsam mit den Kieler Kindertagesstätten Standards zu erarbeiten und zu vereinbaren. Das dieses notwendig ist, hat der bundesweit erstellte Kinder- und Jugendgesundheitsbericht deutlich gemacht: Über 20 % aller Kinder haben kein normales Essverhalten, sind übergewichtig, magersüchtig oder mangelernährt!</p> <p>Neben der qualitativen Weiterentwicklung ist auch ein weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Plätze notwendig. Dies gilt insbesondere für Betreuungsangebote für unter Dreijährige und für längere Öffnungszeiten. Seit GRÜNE in Kiel mitregieren, haben sich die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren von 220 auf über 750 Plätze erhöht. Damit stellt die Landeshauptstadt für ca. 13 % aller Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz zur Verfügung. Wir werden uns für einen weiteren Ausbau einsetzen, um zumindest die Vorgaben der Bundesregierung – bis 2013 einen Versorgungsgrad von 35 % zu erreichen – zügig und bedarfsgerecht umzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns wichtig. Wir wollen, dass Eltern sich – wie in anderen europäischen Ländern auch – keine Sorgen um die Kinderbetreuung machen müssen.</p> <p>Unser Ziel ist es, das möglichst alle Kinder frühzeitig von der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten profitieren. So können neue soziale Erfahrungen gesammelt werden, so kann der Bildungshunger gestillt werden. Wir werben dafür, dass auch mehr Migrantenfamilien als bisher dieses Angebot annehmen, damit die Kinder schon vor der Schule die Chance haben, die deutsche Sprache zu lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass das letzte Jahr vor der Schule verpflichtend und dementsprechend für die Eltern kostenfrei wird. Wir erwarten, dass der Landtag seinen Beschluss, ein kostenfreies Kindertagesstättenjahr einzuführen, zügig umsetzt und dass die Landesregierung den Kommunen dementsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Damit würden auch die Eltern von den hohen Kosten, die ein Kind mit sich bringt, finanziell entlastet.</p> <p>In Stadtteilen mit hoher Kinderarmut haben wir aber noch ganz andere Sorgen: Hier kommt es zunehmend vor, dass Kinder tagelang ohne warme Mahlzeit auskommen müssen. Deshalb haben wir GRÜNE uns in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass Stadtteilkonferenzen kostenlose Mittagstische und andere Angebote in den einzelnen Stadtteilen koordinieren und die Stadt Kiel hat dafür im Jahr 2006 über 750.000 € bereit gestellt. Auch zahlen einkommensschwache Eltern in Kiel für einen Ganztagsplatz in der Kita einschließlich Mittagessen höchstens 28 Euro. Dennoch melden einige Eltern ihre Kinder aus Kostengründen nicht in der Kita bzw. nicht zum Mittagessen an. Deshalb fordern wir, dass das Land gemeinsam mit den Kommunen und gerne auch mit Beteiligung der Wirtschaft einen Sozialfonds auflegt, damit kein Kind aus Kostengründen von</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		der warmen Mahlzeit in der Kindertagesstätte und in der Schule ausgeschlossen wird.
432 – 469	Anke Erdmann, Ingrid Jöhnk [Vom Vorstand übernommen]	<p>3.2. Eine für alle –Genügend Gemeinschaftsschulen für Kiel</p> <p>Kinder und Jugendliche haben ganz unterschiedliche Stärken. Wir wollen Schulen, die darauf Rücksicht nehmen. Eine für alle – das ist unser Konzept von guter Schule. In der Gemeinschaftsschule lernen Kinder und Jugendliche zehn Jahre lang gemeinsam. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass damit gute Lernerfolge für alle Kinder verbunden sind.</p> <p>Im Rahmen der Schulreform, die derzeit umgesetzt wird, setzen wir uns dafür ein, dass es in Kiel so viele Gemeinschaftsschulen mit einer Oberstufe in Kiel gibt, wie Eltern und SchülerInnen sie sich wünschen. Die Umwandlung der drei Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen, nach dem Schulgesetz obligatorisch, wird dem Bedarf nicht gerecht.</p> <p>Für uns ist die Gemeinschaftsschule der Weg in Richtung Zukunft, den wir mit Eltern, SchülerInnen und den LehrerInnen gemeinsam gehen wollen. Alle Kinder sollen eine Chance erhalten. Wir können es uns nicht leisten, Kinder verloren zu geben, die mit zehn Jahren nicht in vorgefertigte Schablonen gehören. Unser Ziel sind Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe in Kiel.</p> <p>Wir wollen allen Schulen, die sich zurzeit auf Grundlage des Schulgesetzes in der Umwandlung befinden, Zeit und Unterstützung bei diesem Prozess geben.</p> <p>3.3. Ganztagschule</p> <p>Wir wollen Schulen, in die Kinder und Jugendliche gerne gehen. Sie sollen hier ihre Freizeit verbringen können. Die verbindlichen Ganztagschulen in Kiel zeigen, wie die Mischung aus Unterricht und Freizeit eine neue Lern- und Lebensqualität mit sich bringt. Darum setzen wir uns für mehr verbindliche Ganztagschulen ein, die gerade auch unter den Aspekten der Integration, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und des sozialen Lernens viele Vorteile haben. „Schule wie bisher – nur den ganzen Tag“, das ist nicht unser Ansatz. Ganztagschulen erfordern ein pädagogisches Konzept und die nötigen Rahmenbedingungen.</p> <p>Der Ansatz der Stadtteilschule, wie sie in Gaarden geplant wird, ist zukunftsweisend. So kann Schule zu einem Kern sozialen Lebens im ganzen Stadtteil weit über den Schulbetrieb hinaus werden.</p> <p>Begründung:</p> <p><i>Die beiden neuen Abschnitte 3.2 und 3.3 haben die gleiche Zielrichtung wie im Ursprungsentwurf. Allerdings wird es Gemeinschaftsschulen für alle SchülerInnen und ein Ganztagsangebot an allen Schulen in den nächsten fünf Jahren nicht geben. Die neue Formulierung konzentriert sich nicht so sehr auf das Wünschenswerte sondern auf das Machbare.</i></p> <p><i>Darüber hinaus ist formuliert der Änderungsvorschlag, was wir wollen – und nicht so sehr, was wir nicht</i></p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<i>wollen.</i>
432 – 469	Arne Volker, Florian Peters	<p>Zum vorherigen Antrag von Anke und Ingrid:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Punkt 3.2 „Eine für alle – Genügend Gemeinschaftsschulen für Kiel“ wird geändert in „Eine für alle – Gemeinschaftsschulen für Kiel“. - Der letzte Satz des zweiten Absatzes „Unser Ziel sind Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe in Kiel.“ durch folgende Sätze ersetzt: „Mittelfristig wollen wir deshalb, dass alle SchülerInnen in Kiel eine Gemeinschaftsschule besuchen können, die einen direkten Übergang in eine gymnasiale Oberstufe ermöglicht. Dazu wollen wir die Möglichkeiten des neuen Schulgesetzes voll ausschöpfen.“ - Im Unterkapitel 3.3 „Ganztagsschule“ werden die Bezeichnungen „verbindliche Ganztagsschule“ durch „gebundene Ganztagsschule“ ersetzt. - Der Satz „Ganztagsschulen erfordern ein pädagogisches Konzept und die nötigen Rahmenbedingungen“ wird um die Wörter „mit genügend qualifiziertem Personal“ ergänzt.
443	Lutz Oschmann [Vom Vorstand übernommen]	Punkt 3.3: Ganztagsschulen und Gemeinschaftsschulen
451	Lutz Oschmann [Vom Vorstand übernommen]	Mittelfristig statt langfristig
454	Lutz Oschmann	alle statt viele
469	Monika Heinold [Vom Vorstand übernommen]	Anfügen: Wir wollen, dass zumindest in allen Schulen, an denen Nachmittagsangebote statt finden, eine gesunde und leckere Mahlzeit zu bezahlbaren Preisen angeboten wird. Kinder von Familien mit geringem Einkommen sollen mit Hilfe eines Sozialfonds (siehe Kapitel 3.1) unterstützt werden.
470	Anke Erdmann, Ingrid Jöhnk	<p>NEU: „3.4. Schulen brauchen Luft zum Atmen! [→ vor Schulsozialarbeit]</p> <p>Wir Grünen wollen den Schulen mehr Freiheit geben, denn höhere Lernqualität entsteht in Schulen, in die man gerne geht! Wir sind der Meinung, dass viele Schulen einen guten Überblick darüber haben, was sie brauchen.</p> <p>Wie das geht, machen uns die PISA-Sieger in Skandinavien und die vielen Modellschulen in Nordrhein-Westfalen vor.</p> <p>Die Kompetenzen in der Schulpolitik sind zwischen Land und Kommune aufgeteilt. Wir Grünen werden uns im Kieler Rat dafür einsetzen, den Schulen mehr Freiraum und Gestaltungsmöglichkeit geben:</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Ob die Schule mehr von neuen Fliesen, einem Kopierer oder z.B. einem Theaterprojekt hat, das weiß man an den Schulen selbst am besten. Wer Bürokratie abbauen will, kann damit bei den Schulen anfangen: Wir wollen, dass die SchulleiterInnen nicht nur das Budget für Lehr- und Lernmittel, sondern auch das für die Reinigung und die laufende Bauunterhaltung direkt bekommen. Damit steigt der Gestaltungsspielraum der Schulen!</p> <p>Wir wollen, dass Schulen sich vermehrt um eigene Einnahmen kümmern können. Einnahmen aus Rummieten, Einsparungen im Bereich von Energie sollen dabei der Schule selbst zufließen und nicht in die Sanierung des kommunalen Haushaltes. So ist es z.B. in Neumünster der Fall. Solche Eigeninitiative wollen wir belohnen.“</p>
486 – 493	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	<p>[Jugendsport]: Verschieben der Zeilen 486 – 493 Ändern in: Gerade für Kinder und Jugendliche stellen sportliche Aktivitäten einen wichtigen Bestandteil der Persönlichkeitsbildung und körperlichen Entwicklung dar. Leider sind...</p>
	Ostufegrüne	<p>Anfügen: ... Interaktion leisten. Um die Mobilität der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen, brauchen wir familienfreundliche Tarifangebote des ÖPNV.</p>
512	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	<p>... Jedes Einzelnen. Wir lehnen daher die Einführung von Studiengebühren beim Erststudium ab.</p>
520 – 525	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	<p>Ändern in: Wir wollen die Rahmenbedingungen zum Studieren und Forschen in Kiel noch attraktiver machen, denn unsere Hochschulen bereichern unsere Stadt um aktive junge Menschen und neue Ideen für die Zukunft.</p>
547 – 550	Monika Heinold	<p>Einfügen an zweiter Stelle: • Das letzte Kitajahr vor der Einschulung soll kostenlos werden Einfügen an dritte Stelle: • Eine warme und gesunde Mahlzeit für alle Kinder Vormals dritte Stelle ersetzen durch: • Bedarfsdeckenden Versorgung mit Gemeinschaftsschulen</p>
	Lutz Oschmann	<p>Dritte Stelle ersetzen durch: • flächendeckende Umwandlung aller Schulen in Gemeinschaftsschulen</p>
553 – 727	Florian Peters [Vom Vorstand übernommen]	<p>Globalalternative für Kapitel 4:</p> <p>4. Urbanität und Ökologie</p> <p><u>Unsere Vision von Kiel als grüner Stadt an der Förde verbindet Ökologie mit urbaner Lebensqualität. Kiels Stärken als maritimer Standort mit sauberer Luft und der Ostsee mitten in der Stadt wollen wir weiter stärken. Gerade wir an der Küste wollen nicht länger zusehen, wie der Klimawandel voranschreitet, sondern jetzt das</u></p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p><u>Ruder umwerfen hin zu einer klimafreundlichen und ressourcenschonenden Wirtschafts- und Lebensweise.</u> Dabei stehen innovative Lösungen für Verkehr und Energieversorgung in einer modernen, klimafreundlichen Großstadt im Mittelpunkt unserer Politik. Statt der Betonpolitik des Industriezeitalters, die auf Großkraftwerke und vielspurige Stadtautobahnen gesetzt hat, wollen wir eine Stadtentwicklung, die die Vernetzung dezentraler Mittelpunkte fördert: Leben und Lernen, Einkaufen und Arbeiten, aber auch die Energieproduktion können vor Ort in den Stadtteilen stattfinden. Mit weiteren Verbesserungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen sowie einer modernen StadtRegionalBahn, die Stadtteile und Förderregion schnell und umweltfreundlich erschließt, schaffen wir mehr Platz für Mensch und Natur in der Stadt. So erhöhen wir die Attraktivität Kiels für seine EinwohnerInnen und Gäste und gestalten zugleich mit lokalen Initiativen die globalen Herausforderungen des Klimawandels.</p> <p>4.1 Urbanes Leben</p> <p>Für uns Grüne nimmt die Weiterentwicklung der Lebensqualität in der Landeshauptstadt Kiel eine zentrale Rolle ein. Denn ob Familien, Arbeitende oder Gäste, für Kultur, Wirtschaft oder Wissenschaft: Lebensqualität ist ein gewichtiger Standortfaktor.</p> <p>Vor über 20 Jahren titelte die überregionale Tageszeitung „taz“: „Das Beste an Kiel ist die Autobahn nach Hamburg.“ Heute stellt es sich anders dar. In der Außen- und in der Selbstwahrnehmung ist Kiel nicht mehr die graue Maus mit Marine und Werften, sondern ein interessantes Ausflugsziel, macht seiner Bevölkerung und seinen Gästen attraktive Freizeit- und Unterhaltungsangebote und stellt sich als Handels- und Dienstleistungsstadt zunehmend besser auf.</p> <p>Wir wollen die Bedeutung Kiels als maritimer Lebensraum und grüner Wohnort an der Ostsee ausbauen und stärken. Grüne Politik sieht sich dabei den vielfältigen Lebensentwürfen und Lebensformen in der Stadt verpflichtet. Wir streben ein Nebeneinander von Wohnen, Handel, Gewerbe, Dienstleistung, Kultur und Freizeit und ein urbanes Miteinander aller Lebensformen an. Wir streben integrierte Stadträume an, in denen Wohnen, Freizeit und Arbeit sowie Schule und Kindergarten auf kurzen Wegen und unabhängig von der Nutzung eines eigenen Autos erreicht werden können. Dank Grüner Politik wurde der Flächenfraß am Stadtrand gestoppt. Die Einwohnerzahl Kiels ist jetzt stabil. Durch Ausweisung hochwertiger Bauflächen in Innenstadtlage konnten Menschen aus dem Umland (wieder) als KielerInnen gewonnen werden. Das Angebot an modernen, kind- und familiengerechten Wohnanlagen, ist jedoch nicht ausreichend. Wir wollen uns deshalb dieser Aufgabe verstärkt widmen. So möchten wir zur Quartiersentwicklung anregen, z. B. durch Begrünung von Innenhöfen oder durch die Entwicklung von Housing Improvement Districts (HID's) – Projekte, bei denen Kommunen und Immobilieneigentümer als Partner die gleiche Verantwortung haben und dadurch demokratisch gewonnene Lösungen für quartierspezifische Probleme entwickeln können.</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Die Bauflächen an der Hörn wollen wir stärker als bisher für Wohnungsnutzung zur Verfügung stellen. Die Bahnhofsnähe und die attraktive Lage bieten jede Menge Potenzial zur Entwicklung des Geländes. Dadurch können auch positive Impulse auf Gaarden –die multikulturelle Mitte der Landeshauptstadt– ausgehen. Gaarden <u>Die multikulturelle Mitte der Landeshauptstadt</u> soll stärker in das städtische Leben integriert werden, z.B. durch <u>die Verlegung des den Internationalen Marktes</u> im Rahmen der Kieler Woche <u>nach Gaarden</u>.</p> <p>Das Thema Architektur und Baukultur zu fördern, ist auf Bundesebene vor allem mit Unterstützung der Grünen inzwischen fest verankert. Auf Landesebene wurde das Objekt „Architektur macht Schule“ angeschoben. Damit ist für Kiel ein guter Handlungsrahmen vorhanden, um dieses Thema voranzubringen. Besonders wichtig ist eine öffentliche Debatte bei entscheidenden Bauvorhaben, die das Stadtbild und das Umfeld beeinflussen, wie bei der Umgestaltung des Parkhauses gegenüber dem Bahnhofsvorplatz oder beim geplanten „Science-Center“ an der Hörn.</p> <p>4.2 Altstadt</p> <p>Wir Grüne setzen uns für die Weiterentwicklung der Altstadtinsel zur urbanen Mitte Kiels ein. Auf den Flächen der ehemaligen Feuerwache sollen attraktive Wohnungen geschaffen werden, um der Monostruktur entgegenzuwirken und die Innenstadt wieder zu beleben. Der Warleberger Hof soll erhalten bleiben und sich als Adelshof darstellen. Ein Neubau des Stadtmuseums neben dem Schifffahrtsmuseum soll Raum schaffen, um die Kieler Stadtgeschichte in einer ständigen Ausstellung bis in die Neuzeit zu präsentieren. Wir wollen die Pavillons am Alten Markt abreißen, um diesem sein Flair als historisches Herz der Altstadt zurückzugeben. Die Fehlplanungen der 1950er Jahre um die Eggerstedtstraße müssen zurückgenommen werden. Kaufleute und Immobilieneigentümer wollen wir dabei an der Entwicklung wie auch den Kosten beteiligen.</p> <p>4.3. Einzelhandel <u>Innenstadt fördern, Stadtteilzentren entwickeln</u></p> <p>Wir Grüne setzen uns für die Verbesserung der Einzelhandels-Nahversorgung in den Stadtteilen ein. Für Mettenhof, Dietrichsdorf und die Wik befürworten wir die Planungen für die Ansiedlung weiterer attraktiver Nahversorger. In bestehenden Stadtteilzentren soll die Aufwertung des öffentlichen Raums, wie z.B. in Suchsdorf und am Langen Rehm, fortgeführt werden.</p> <p>Auch unterstützen wir die Schließung der Holstenbrücke für den Individualverkehr und den Rückbau der Andreas-Gayk-Straße zu Gunsten des Holstenplatzes, um Raum zum Verweilen und Flanieren für FußgängerInnen und RadfahrerInnen zu schaffen.</p> <p>Einen großen Erfolg unserer Politik stellt die innovative Bauausstellung (InBA) 2008 mit dem Schwerpunkt „energetisches Bauen“ dar. Ein Ergebnis der InBA ist u.a. das Projekt eines Passivhaus-Einkaufscenters in</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Wik, das ökologisch bewusstes Wirtschaften unmittelbar erlebbar macht und auch Aushängeschild einer urbanen, modernen und umweltfreundlichen Stadt werden kann.</p> <p><u>NEU: 4.4 Förde [ex 4.8]</u></p> <p>Von besonderer Bedeutung ist für uns, dass das Fördeufer öffentlich zugänglich und nutzbar wird und die Wasserlagen entlang der gesamten Förde weiter aufgewertet werden. Dafür soll ein Rahmenplan unter Einbeziehung der Nachbarorte aufgestellt werden. Ein wichtiges Ziel unserer Politik für Kiel ist es, den gesamten Uferbereich vom Bahnhofsvorplatz/Hörn, über Schweden- und Bollhörnkai bis zur Kiellinie erlebbarer zu machen. Von Holtenau bis Schilksee wollen wir die Wasserlage für den Tourismus naturnah gestalten. Die Potenziale der Schwentinemündung wollen wir weiter entwickeln. Eine Fußgängerbrücke vom Anleger Dietrichsdorf zum Seefischmarkt als Schlüsselprojekt rückt durch die Kooperation von Fachhochschule und Geomar/Seefischmarkt in greifbare Nähe. In den kommenden Jahren besteht durch die Schließung und Veränderung von Bundeswehr- und Marinestandorten die Chance zur Neugestaltung begrünter und abwechslungsreicher Wohn- und Naherholungsflächen. Wir wollen den Ostuferwanderweg von Hasselfelde bis nach Mönkeberg ausweiten und machen uns für eine Fortführung des Wanderweges südlich der Schwentine einschließlich der Öffnung der Arsenalmole stark. Mit Grüner Unterstützung wurde das Fördeufer vor Hasselfeld erfolgreich zu einem Badestrand umgestaltet. Dies darf durch einen Kraftwerksneubau nicht wieder rückgängig gemacht werden, der den gesamten Ostuferbereich mit zusätzlichem Dreck durch Kohlenhalden und Schornsteinabgase belasten würde. Auf dem westlichen Fördeufer fordern wir Grüne den Erhalt des Seebades Düsternbrook und setzen dafür auf eine attraktive Konzeption zum Baden in der Förde als Erlebnis für Jung und Alt.</p> <p><u>4.5 Verkehr Mobil in Kiel: zu Fuß, per Rad, per Schiff</u></p> <p>Wir treten entschieden für die Verringerung der Verkehrsbelastung in den Wohnquartieren durch Einführung und Ausweitung von „Tempo-30-Zonen“ ein. Autos müssen runter von den Gehsteigen und den Städtischen Plätzen, um Raum für Freizeit und Spiel zu schaffen. Wir fordern 25% des Wilhelm-, Blücher- und anderen - Plätzen für Freizeitnutzung rund um die Uhr, wie es bereits am Europaplatz, Holstenplatz und Bootshafen umgesetzt worden ist. An der von uns eingeführten Gebührenfreiheit für Straßencafés halten wir fest, um die Kieler Plätze stärker zu beleben.</p> <p>Wir unterstützen die Bestrebungen der Landeshauptstadt Kiel, bis 2025 den Radverkehrsanteil auf 25% aller Verkehre zu steigern. Deshalb wollen wir die konsequente und erfolgreiche Förderung des Radverkehrs fortsetzen. Neben dem Ausbau des Veloroutennetzes legen wir Wert auf Qualitätsverbesserungen der Radverkehrsanlagen in den Stadtteilen, z.B. durch einen glatten Belag. Die Fahrradstation am Bahnhof wird dank grüner Politik endlich umgesetzt. Zugleich wollen wir auch das Fahrradparken in den Stadtteilen</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>verbessern. Wir schlagen vor, im Rahmen eines Pilotprojektes im Stadtteil Südfriedhof sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten Grundstücken mehr sichere Abstellanlagen zu schaffen. Dabei wird besonders Einkaufen mit dem Fahrrad erleichtert. Wir setzen uns für mehr Respekt und Verständnis unter den VerkehrsteilnehmerInnen ein und regen dazu ein Pilotprojekt zur gemeinsamen Nutzung von Verkehrsflächen – dem geteilten Raum „shared space“ – an. Eine geeignete Straße soll auf Vorschlag der Ortsbeiräte gefunden werden.</p> <p>Auch setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Qualitätsverbesserung der Personenschiffahrt ein, wie z.B. durch die Erhöhung der Taktfrequenz der Schwentinelinie. Das Bussystem möchten wir erhalten und durch gezielte Maßnahmen optimieren. So soll die Taktfrequenz in den Abendstunden erhöht werden, u.a. durch den Einsatz kleinerer Busse und Busrufsysteme. Bei annähernd gleichen Betriebskosten kann so ein deutlich besseres Angebot für den Nachtverkehr geschaffen werden.</p> <p>4.6 Die StadtRegionalBahn (SRB) – Klimawende in der Verkehrspolitik</p> <p>Eine moderne und ökologisch orientierte Stadt benötigt <u>einen leistungsfähigen und bequemen Öffentlichen Personennahverkehr guten ÖPNV</u>. Die StadtRegionalBahn (SRB) ist für uns dabei das zentrale Projekt, um die Qualität zu verbessern sowie Feinstaub- und CO₂-Ausstoß zu verringern. Wir wollen den Einstieg in die Umsetzung! Eine Weiterverfolgung der autoorientierten Planung einer Osttangente halten wir deshalb für entbehrlich. Gerade das Kieler Ostufer würde von einer schnellen und komfortablen Anbindung durch die StadtRegionalBahn besonders profitieren.</p> <p>Die Mobilität der Zukunft muss umwelt- und bürgerfreundlich, schnell, bequem und attraktiv sein. Die SRB verbindet Stadt und Region direkt und ist eine gute Alternative für die bisher auf das Auto angewiesenen VerkehrsteilnehmerInnen. Die modernen Fahrzeuge der SRB sind barrierefrei und verbrauchen durch ihr geringeres Gewicht im Vergleich zu den herkömmlichen Schienenfahrzeugen deutlich weniger Energie. Kiel profitiert von der SRB durch eine starke Verringerung der PKW-Pendlerströme aus dem Umland. Weniger Lärm, weniger Abgase und weniger Flächenverbrauch – auch im Hinblick auf die Parksituation in der Innenstadt. Größtenteils eigene Trassen machen die StadtRegionalBahn stauunabhängig und schnell. Eine hohe Taktdichte, genügend Platz für Fahrräder und gut abgestimmte Zubringerdienste durch Buslinien tragen darüber hinaus zur Attraktivität der SRB bei.</p> <p>Ist die StadtRegionalBahn eine Illusion? Nein, sie fährt bereits, z.B. in Chemnitz, Heilbronn, Saarbrücken und Karlsruhe. Dort stieg die NutzerInnenzahl von 2.200 (1993) auf 14.000 (1997). Auch ist sie mit 356 Mio. € Investitionskosten sehr kostengünstig. Von diesen Kosten verbleiben ca. 10 – 15 % bei der Stadt Kiel, verteilt auf mehrere Jahre Bauzeit. Betrachtet man dagegen die Kosten der Umweltbelastung, des Flächenverbrauchs für neue Straßen, der Lärmschutzmaßnahmen, Abgasverschmutzung usw., dann rechnet</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>sich die SRB für die Menschen und ihre Gesundheit, für das Klima in jedem Falle. Mit der SRB werden jährlich 43 Millionen PKW-Kilometer eingespart.</p> <p><u>NEU: 4.7 Dezentrale Energiepolitik: Klimaschutz jetzt! [ex 5.2]</u></p> <p>Zu einer innovativen Wirtschaft klimafreundlichen und ökologischen Stadt passt keine Dinosaurierpolitik bei der zukünftigen Kieler Energieversorgung. Wir Grüne lehnen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerkes mit 800 MW-Kapazität entschieden ab. Die Verbrennung von jährlich 1,8 Mio. Tonnen Steinkohle würde ca. 5 Mio. Tonnen CO₂ erzeugen. Neue Kohlekraftwerke, die wie in Kiel bis 2060 am Netz sein würden, zementieren die kohle- und CO₂-lastige Energieerzeugung. Kiel braucht ab 2015, wenn das jetzige Kraftwerk stillgelegt wird, eine klimaschonende Energieversorgung, die auch das Klimaziel der Bundesregierung lokal erreicht, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40% zu senken.</p> <p>Wir wollen für Kiel eine dezentrale Versorgung mit Wärme und Strom aus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die wärmeseitig gefahren wird. Das heißt: Die abgerufene Wärme in der Kieler Region bestimmt die Stromerzeugung. Dieses Energiekonzept nutzt die Energieträger effektiv aus, vermindert Wärmeverluste auf dem Transportweg und vermeidet CO₂-Emissionen. Die vorhandenen Kraft- und Heiz- sowie Blockheizkraftwerke in den Stadtteilen bilden hierbei die Grundlage für unser dezentrales, wärmegeführtes Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die erforderlichen Kraftwerks-Kapazitäten richten sich nach dem zukünftigen Fernwärmebedarf in der Kieler Region. Dabei sind zu berücksichtigen: <ul style="list-style-type: none"> • Neue Fernwärmeanschlüsse durch Erschließung neuer Gebiete und Rückbau der parallelen Gasdirektversorgung • Sinkender Wärmebedarf der Häuser dank der Wärmedämmung in den Gebäuden • Geringere Wärmeverluste durch die Umstellung der Fernwärme von Heißdampf auf Heißwasser sowie einem steigenden Nahwärmeanteil • vorhandene dezentrale Wärmeerzeugungsanlagen • neue dezentrale Nahwärmeerzeugungsanlagen im Stadtgebiet • das verstärkte Energiesparen – Strom und Wärme – wegen des Klimawandels und auf Grund weiter steigender Energiepreise 2. Als Brennstoff wird fossiles Gas sowie Biomasse aus der Kieler Region genutzt, später Biogas. Für die Biomassenutzung – z.B. Holzhackschnitzel – bieten sich die Standorte Wik und Hasselfelde mit jeweils 20 MW an.

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>3. Das hohe Potenzial der oberflächennahen und der tiefen Geothermie in Kiel wird für die Energieerzeugung genutzt, ein möglicher Standort in Kiel könnte Suchsdorf an der Au sein.</p> <p>4. Die Kieler Stadtwerke beteiligen sich an einem Offshore-Windpark zur Stromgewinnung.</p> <p>5. Das Kraftwerk Humboldtstraße und die vier städtischen Heizwerke werden auf einen Betrieb ohne Heizöl, mit Erdgas oder Biomasse sowie Kraft-Wärme-Kopplung umgestellt. Denkbar sind Gas- und Dampfturbinenprozess-Kraftwerke.</p> <p>6. In nicht fernwärmeversorgten Bereichen mit hohem Wärmebedarf werden KWK-Anlagen neu errichtet, z.B. Industrieareal Wellsee, Industriegebiet Friedrichsort, Olympiazentrum Schilksee, Gewerbegebiet Tannenbergr, Citti-Park etc.</p> <p>7. Ausbau der Solarthermie und der Fotovoltaik in Kiel. Dazu wird die Stadt geeignete Dachflächen städtischer Gebäude für Bürgersolaranlagen bereitstellen.</p> <p>4.6 Urbane Wettbewerbe [verschoben nach Kap. 6.]</p> <p>Wir freuen uns darüber, dass sich immer mehr KielerInnen aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen. Dafür wollen wir Freiräume für Eigeninitiative anbieten und Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen verbessern. Dabei soll sich niemand ausgeschlossen fühlen. Frauen und Männer, Reiche und Arme, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die aus dem Ausland oder anderen Kulturkreisen zu uns gekommen sind, alle tragen zu dem bunten, urbanen Kiel bei.</p> <p>Dass den KielerInnen eine Verbesserung der Lebensqualität am Herzen liegt, hat ihr Engagement bei der „Entente Florale“ gezeigt. Im Zeichen dieses europäischen Wettbewerbs ließen die Kieler ihre Straßen und Gärten, Balkone und Hinterhöfe erblühen. Diesen "blühenden Geist" wollen wir durch eine Teilnahme am internationalen Wettbewerb „LivCom Award“ – einer Auszeichnung für lebenswerte Gemeinden – 2009 fortführen.</p> <p>4.8 Forst und Grünflächen</p> <p>Wir Grüne machen uns für die Umsetzung des Waldentwicklungskonzeptes und den Erwerb sowie die Aufforstung neuer Flächen stark. So haben wir die Waldflächen der Stadt um 50 ha Wald ausgeweitet. In den kommenden Jahren soll darüber hinaus vor allem in Schwartenbek ein größerer Stadtwald entstehen. Dadurch erhält Kiel zusätzliche sowie größere Erholungsräume und gleichzeitig wird das städtische Mikroklima aufgewertet. Die verbesserte Pflege der Alleen und Straßenbäume leistet hierzu ebenfalls ihren Beitrag. Wir Grüne haben erfolgreich die Weichen für die Bewahrung des Charakters der 175 Jahre alten Hamburger Chaussee von Kiel nach Altona gestellt. Dieser Straßenzug wird durch die Pflege und Neupflanzung von Alleebäumen wieder nach historischem Vorbild ergrünen. Die Zahl der Naturschutzgebiete</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		und renaturierten Flächen der Landeshauptstadt wächst mit Unterstützung der Kieler Grünen. Die Ausgleichsmaßnahme alter Moorsee muss endlich umgesetzt werden. Auch möchten wir weitere Flächen für Kleingärten nördlich des Kanals zur Verfügung stellen.
557	Arne, Volker <i>[Vom Vorstand, unter Hinweis auf Modifikationen, übernommen]</i>	Einfügen: ... Kultur, Wirtschaft oder Wissenschaft: Lebensqualität ist ein gewichtiger Standortfaktor. Ökologie und Ökonomie schließen sich dabei nicht aus. Unsere kommunalen Anstrengungen für den Klimaschutz beweisen diesen Zusammenhang: Die von uns initiierte „Innovative Bauausstellung Kiel 2008“ ist ein mittelstandsorientiertes Beschäftigungsprogramm, das dem Klima zu Gute kommt und dem Letztverbraucher Geld sparen hilft. So gewinnen alle!
568	Peter Todeskino <i>[Vom Vorstand, unter Hinweis auf Modifikationen, übernommen]</i>	Einfügen: ... Das Bedürfnis nach urbanem Leben ist groß. Dabei spielt die Lagegunst Kiels an der Kieler Förde eine entscheidende Rolle für die gesamte Stadtentwicklung. Die Wasserlagen der Stadt sind den unterschiedlichen Nutzungen entsprechend zu entwickeln. Kein wasserbezogener Nutzungsanspruch darf zukünftig dominieren bzw. zu kurz kommen: Kiel die Stadt am Wasser!
573	Regina Rosin	Das Biotopverbundsystem wird gestärkt und ausgebaut.
583	Ostufegrüne	Einfügen: Wir wollen Gruppen in Ihrem Bestreben nach nachbarschaftlichem Wohnen unterstützen. Es geht um Generationen übergreifende, soziale und ökologische Wohnformen. Von der Kinderbetreuung, der Existenzgründung freier, Berufe, Künstler und Arztpraxen über Hilfeleistung für Ältere, Eingliederung Behinderter und der Möglichkeit, Leben und Arbeit am selben Ort zu ermöglichen, reicht das Spektrum, das ein Wohnprojekt in der Organisation einer Genossenschaft bieten kann. Wir wollen bestehende und neue Gruppen bei der Finanzierung der Genossenschaftsgründung und dem Hausbau bzw. Sanierung unterstützen und in Frage kommende Grundstücke nachweisen und mit Erbbaurecht ausstatten.
602 – 610	Arne Volker, Ulf Millauer <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Einfügen: ... als Adelshof darstellen. Eine gastronomische Nutzung des Kellergewölbes und des Erdgeschosses wird angestrebt. Einfügen: ... Eggerstedtstraße müssen zurückgenommen werden. Ein Rückbau des Schlosses ist für uns nicht ausgeschlossen. Der Pelli- (oder auch Rantzau-) Bau bleibt unangetastet.
622 – 627	Barbara Römer <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Ersetzen durch: Die Entwicklung des Lebensmitteleinzelhandels beobachten wir mit Sorge. Es hat ein risikoreicher Wettbewerb eingesetzt, der auf Kosten bestehender Nahversorgungsstrukturen auf eine rein automobilen Versorgung setzt. Weitere Entwicklungen des Lebensmitteleinzelhandels bedürfen einer städtischen Steuerung. Daher befürworten wir vor der Zulassung weitere Märkte eine umfassende Überarbeitung des Einzelhandelskonzepts der Stadt.

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
630	Ostufgrüne <i>[Vom Vorstand übernommen]</i>	Korrektur: ... Gehsteig und den Städtischen Plätzen, um ...
	Rolf Kähler, Conrad Hansen, Michael Schlickwei	Ersetzen durch: Wir unterstützen die Bestrebungen der Stadt Kiel, bis 2015 den Radverkehrsanteil auf 25% aller Verkehre zu steigern. Deshalb wollen wir die konsequente und erfolgreiche Förderung des Radverkehrs fortsetzen. Neben dem Ausbau des Veloroutennetzes legen wir Wert auf Qualitätsverbesserungen der Radverkehrsanlagen in den Stadtteilen, z.B. durch einen glatten Belag. Die Fahrradstation am Bahnhof wird dank Grüner Politik endlich umgesetzt. Doch auch das Fahrradparken in den Stadtteilen wollen wir verbessern. Wir schlagen vor, im Rahmen eines Pilotprojekts im Stadtteil Südfriedhof sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten Grundstücken mehr sichere Abstellanlagen zu schaffen. Dabei wird auch „Einkaufen mit dem Fahrrad“ verbessert. Wir setzen uns für mehr Respekt und Verständnis unter den Verkehrsteilnehmern ein und regen dazu ein Pilotprojekt zum gemeinsamen Nutzen von Verkehrsflächen – dem geteilten Raum „shared space“ – an. Eine geeignete Straße soll auf Vorschlag der Ortsbeiräte gefunden werden.
635 – 639	Anke Erdmann, Jörg Nickel, Kirsten Wegener, Monika Heinold	Ersetzen durch: ... wollen wir fortsetzen. [...] Kiel soll die fahrradfreundlichste Stadt Deutschlands werden! Wichtige Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles sind die Umgestaltung des Bereiches um das neue Rathaus und anderer Kopfsteinpflasterstraßen. Diese müssen für RadfahrerInnen befahrbar gemacht werden. Dabei muss es gar nicht immer die „große Lösung“ wie eine komplette Asphaltierung sein. Auch andere Maßnahmen, wie z.B. asphaltierte Fahrradsteifen oder ein Ausgießen der Fugen sind denkbar. Das Fahrradparkhaus am Bahnhof soll weiter umgesetzt und das Veloroutennetz ausgebaut werden. Wir wollen ein Pilotprojekt für „Geteilte Räume“ umsetzen. Zur Regelung des Verkehrs werden hier nicht mehr Vorschriften und Verbote benutzt, sondern es wird auf ein Miteinander gesetzt. Auffälligstes Merkmal bei der Umsetzung des Projektes ist, nach Möglichkeit sämtliche Verkehrsschilder, Ampeln und Straßenmarkierungen abzubauen. Fuß- und Radwege werden entfernt, es gibt nur noch eine Verkehrsebene. Dieses Projekt wurde schon in mehreren europäischen Städten erfolgreich umgesetzt. Die Holtenauer Straße wäre ein geeigneter Ort, um diese Vision gemeinsam mit AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden auf den Weg zu bringen. Begründung: <i>Gerade wir Grüne sollten, zeigen, dass wir neben der Stadtbahn noch weitere umweltfreundliche Pfeile im Köcher haben. Die Holtenauer Straße bietet sich für das Konzept hervorragend an, da der Durchgangsverkehr auf zwei parallele Straßen ausweichen kann. Die Gewerbetreibenden der Holtenauer zeigen mit verschiedenen Initiativen wie dem Umweltfest, dass sie großen Ehrgeiz haben, als attraktiver</i>

Zeilennummer	AntragsstellerInnen	Antragstext
		<i>Standort wahrgenommen zu werden. Es wäre eine große Chance für Kiel, wenn es uns gelänge dort ein Musterprojekt für die geteilten Räume durchzuführen. Die Stadtbahn würde diesem Plan nicht im Wege stehen, da sie in das Konzept integriert werden könnte.</i>
641 – 643	Lutz Oschmann [Vom Vorstand übernommen]	Erhöhung der Taktfrequenz der Schwentinelinie ...
	Ostuferrgrüne	Anfahrpunkte der Schwentineschiffe von Reventlou bis zum Bahnhof und der ... Das Bussystem wollen wir vorerst erhalten. <i>[wir wollen doch die SRB. Da kann das Bussystem doch nur noch als Zubringer fungieren und nicht mehr auf den Hauptstrecken]</i>
647	Florian Peters	Einfügen: „Ein Flughafen, den keiner braucht, benötigt auch keine Subventionen! Der millionenschwere und vollkommen unsinnige Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau ist auch dank unseres jahrelangen Kampfes endlich vom Tisch – aber immer noch zahlen Stadt und Land jährlich 1,5 Millionen Euro für den Unterhalt eines Flughafens, auf dem keine einzige Linie mehr landet. Wir wollen Schluss machen mit diesen überflüssigen Subventionen für das klimaschädlichste aller Verkehrsmittel und stattdessen kostengünstigere Perspektiven für den Flughafen entwickeln.“ Begründung: <i>Eines der meistdiskutierten kommunalpolitischen Themen der letzten Jahre findet sich im Programmentwurf bisher nur mit einem (unvollständigen) Satz, nämlich der lapidaren Erfolgsmeldung „Verhinderung des Flughafenausbaus“. Das ist zu wenig. Wir können nicht groß Klimaschutz propagieren, ohne auch an dieser Stelle weiterhin klar Position zu beziehen.</i>
672	Lutz Oschmann [Vom Vorstand übernommen]	Einfügen: Mit der SRB werden jährlich 43 Millionen PKWkm eingespart
685	Katja Günther [Vom Vorstand, unter Hinweis auf Modifikationen, übernommen]	Einfügen: ... 2009 durchführen. Bürgerinnen und Bürger machen Stadtmarketing und gestalten das Stadtimage selbst.
688	Ostuferrgrüne [Vom Vorstand übernommen]	... neuer Flächen stark. So haben wir die Waldflächen der Stadt ... <i>[klingt nicht so überheblich]</i>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
697	Regina Rosin [Vom Vorstand übernommen]	... ergrünen. Wir setzen einen Themenschwerpunkt in der kommunalen Umweltpolitik in die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten. Die Zahl der renaturierten Flächen wächst mit Unterstützung der GRÜNEN, allerdings hat die Stadt in den letzten 15 Jahren keine Gebiete ausgewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Der rechtliche Schutz von für die Stadtökologie hochwertigen Flächen wird immer wichtiger, je weniger Wert die Landesregierung dem Umweltschutz beimisst.
699	Regina Rosin [Vom Vorstand übernommen]	Es wird zu prüfen sein... Streichen und ersetzen durch: Die Ausgleichsmaßnahme alter Moorsee muss endlich umgesetzt werden.
707 – 715	Lutz Oschmann	Einfügen: ... naturnah gestalten. Der komplette Abzug des Marinegeschwaders MFG 5 vom Fliegerhorst Holtenau im Jahr 2012 eröffnet die große Chance einer zivilen Nachnutzung des gesamten Unterlandes zwischen Holtenau und Pries/Friedrichsort. Gestrichen wird: trotz der Rückschläge Gestrichen wird: sowie durch den Strukturwandel im Werftbereich
	Ostufergrüne	Einfügen: ... naturnah gestaltet werden . Die Entwicklungsmöglichkeiten der Schwentinemündung wollen wir weiter fördern. Eine Fußgängerbrücke vom Anleger Dietrichsdorf zum Seefischmarkt als Schlüsselprojekt rückt durch die Kooperation von Fachhochschule und Geomar in greifbare Nähe. [Bis hier vom Vorstand übernommen] alles andere streichen. <i>[Werft und Marine schaffen viele Arbeitsplätze. Das Ostufer würde Kopf stehen, wenn wir diese Arbeitgeber umstrukturieren wollen. Der Seefischmarkt hat keine Kooperation mit der FH]</i>
721	Ostufergrüne [Vom Vorstand übernommen]	... und Schornsteinabgase belasten würde. [den restlichen Text bis <u>Zeile 725</u> ... streichen. Ist nur Lyrik]
732	Ostufergrüne [Vom Vorstand übernommen]	Ändern in: • Neugestaltung der Schwentinemündung und Aufwertung des Fördeufers vor Hasselfelde zu einem Badestrand.
	Regina Rosin	Einfügen an fünfter Stelle: • Kollhorst Einfügen an sechster Stelle: • Fair gehandelte Grabsteine als Erfolgspunkt
749	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	... innovatives Wirtschaftsklima für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum

Zeilennummer	AntragsstellerInnen	Antragstext
763/764	Florian Peters	Streichen: • Dezentrale Energieversorgung Kiels durch eigene oder regional gewonnene erneuerbare Energieträger
770/771	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Ändern in: • Stärkung Kiels als Leuchtturm für Bildung, Wissenschaft und Innovationskraft in Norddeutschland
806	Ostufegrüne [Vom Vorstand übernommen]	4. ... Stromgewinnung, sowie neue Turbinen in der Schwentinemündung <i>[Energiegewinnung]</i>
848/849	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Unterpunkt 5.5 ersatzlos streichen
860	Bianca Kronschnabel [Vom Vorstand übernommen]	Einfügen: ... wirtschaftlichen Innovationen weiterentwickeln. Wir unterstützen das Exzellenzcluster der CAU "Ozean der Zukunft" ausdrücklich und sehen schon heute Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Kieler Science Center.
873 – 879	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Unterpunkt „5.8 Einzelhandel“ streichen, geht in Unterpunkt 4.3 auf
881/882	Redaktionsgruppe [Vom Vorstand übernommen]	Zum wirtschaftspolitischen Handlungsfeld der Landeshauptstadt Kiel gehören auch die städtischen Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen.
913 – 1041	Katja Günther, Michael Schlickwei	<p>Globalalternative für Kapitel 6:</p> <p><u>6. Demokratische Teilhabe und bürgernahe Verwaltung für Kiel</u></p> <p><u>Demokratie beginnt in der Kommune und ist mehr, als alle paar Jahre wieder ein Kreuz auf einem Stimmzettel zu machen. Alle in Kiel lebenden Menschen sollen sich in die Gestaltung der städtischen Politik unmittelbar einmischen und ihr Lebensumfeld konkret mitgestalten können. Der städtischen Verwaltung kommt dabei eine wesentliche Aufgabe zu. Sie bedarf deshalb eines effizienten, transparenten und am demokratischen Gemeinwohl orientierten Aufbaus und muss zur Konsolidierung des städtischen Haushalts beitragen.</u></p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p><u>NEU: 6.1 Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe [ex. 2.13 Ehrenamt]</u></p> <p>Lebendiges bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Die erfolgreiche „Ehrenamtmesse“ hat uns erneut in unserer Auffassung bestärkt, dass die Menschen in Kiel im hohen Maße bereit sind, sich für andere Menschen und gemeinsame Ziele zu engagieren. Bürgerschaftliches Engagement braucht aber Förderung und Unterstützung. Dafür wollen wir uns weiter einsetzen und haben deshalb eine Anlauf- und Infobörse aufgebaut.</p> <p><u>Zugang zu Wissen ist dabei von entscheidender Bedeutung. Darum treten wir ein für den Aufbau eines flächendeckenden Angebots an Informations- und Kommunikationsdiensten für alle Menschen. Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger freien und im Bedarfsfall kostenlosen Zugang zu Wissen haben, kann gleichberechtigte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben gewährleistet werden. Auch für soziale Randgruppen müssen ausreichend frei zugängliche Informationsmöglichkeiten bestehen, zum Beispiel kostenlose Terminals in öffentlichen Einrichtungen. Alle kommunalen Internetdienste müssen barrierefrei und damit auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein.</u></p> <p><u>Das System der repräsentativen Demokratie muss durch Möglichkeiten der direkten Mitwirkung und Einflussnahme für alle Einwohnerinnen und Einwohner ergänzt werden. Auch wenn die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wenig Anreiz bieten, die Wege der direkten Demokratie zu gehen, wollen wir sie beschreiten. Für uns gehören dazu weiterhin: regelmäßige Einladungen zu Einwohnerversammlungen, die qualitative Weiterentwicklung der Beiräte und die Fortsetzung der erfolgreichen sozialpolitischen Hearings. Auch wollen wir die neuen Möglichkeiten des Internet für mehr Beteiligung nutzen, um Befragungen, Diskussionsforen und internetbasierte moderierte Zukunftswerkstätten anzubieten.</u></p> <p><u>Die in vielen Kommunen erprobte Bürgerbeteiligung bei der Ausgestaltung eines städtischen Haushaltes wollen wir auch in Kiel einführen. Im Rahmen eines Modellprojekts wollen wir einen Bürgerhaushalt für Kiel aufstellen.</u></p> <p><u>NEU: 6.2 Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen [ex. 6.9]</u></p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Teilhabe-Partizipation der Kielerinnen und Kieler bei kommunalen Belangen und Entscheidungsprozessen weiter verbessert werden. Für uns steht insbesondere im Vordergrund, dass Jugendliche sich an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligen können. Hier gilt es, die bestehenden Ansätze weiter auszubauen. In den Jugendtreffs sollen regelmäßig Veranstaltungen initiiert werden, um kinder- und jugendpolitische Belange zu diskutieren und Anregungen an Politik und Verwaltung zu beschließen. Jährlich sollen im Rathaus städtische Jugendparlamente durchgeführt werden.</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p><u>6.3 Grünes Leitbild für die Verwaltung</u></p> <p><u>In den letzten Jahren haben wir entscheidende Weichenstellungen für eine umfassende Verwaltungsreform vorgenommen. Wir haben mit der Verabschiedung von strategischen Zielen für die Stadt Kiel und einem komplexen Stadtentwicklungsprogramm dem Verwaltungshandeln klare Leitlinien vorangestellt. Wir wollen die vorhandenen strategischen Ziele vervollständigen mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Klimaschutz.</u></p> <p><u>Mit Hilfe von externer Beratung und Moderation, aber auch durch interne gegenseitige Beratung sind wir unserer Idee einer modernen Verwaltung näher gekommen. Wir wollen eine effiziente Verwaltung, mit motiviertem und qualifiziertem Personal, einer Aufgabenerledigung für und in der Nähe der Bürger/innen, mit demokratischen und schlanken Strukturen, mehr Transparenz und Kostenbewusstsein auf allen Entscheidungsebenen, einem vernetzten und qualitätsbezogenen Handeln, unter Einbeziehung der gesamten Förderregion.</u></p> <p><u>6.4 Verwaltungsreform</u></p> <p>Die von uns angestoßene Verwaltungsreform bildet die Grundlage für die Neustrukturierung der städtischen Behörden. Ziel ist es, dass die für die Bürgerinnen und Bürger notwendigen Aufgaben der Kommune von qualifiziertem und engagiertem Personal erfüllt werden. Hierfür ist auch weiterhin die systematische Überprüfung der bisher wahrgenommenen Aufgaben und eine Analyse der Arbeitsabläufe in allen Bereichen fortzusetzen.</p> <p>Unser Leitbild ist die kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsabläufe in allen Teilbereichen der Stadtverwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in den Prozess eingebunden werden, um Erfahrungen und vorhandenes Wissen zu nutzen. Unser besonderes Augenmerk wollen wir darauf richten, die Verbesserung der Arbeitsabläufe durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und hierfür Strukturen und Foren anzubieten. Dort wo es angezeigt ist, soll der Prozess aber auch weiterhin von Externen professionell begleitet werden.</p> <p><u>6.5 Grünes Personalkonzept</u></p> <p><u>Wir wollen kenntnisreiches, motiviertes, modernes, für frische Ideen aufgeschlossenes Personal Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Hierzu haben wir ein Personalentwicklungskonzept, einschließlich eines Fortbildungskonzeptes initiiert und eingeführt. Für die nahe Zukunft werden wir alle Initiativen in ein umfassendes Personalwirtschaftskonzept zusammenführen. Hierfür wird eine angemessene Ausstattung der verantwortlichen Ämter mit Software notwendig sein.</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bis 2014 werden etwa 720 der 4.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt die städtische

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Verwaltung verlassen. Mit ihrem Ausscheiden gehen viel Erfahrung und Qualität verloren, zugleich eröffnen sich aber auch Chancen für den notwendigen Veränderungsprozess: So kann das Durchschnittsalter von derzeit 45 Jahren durch die Einstellung von Nachwuchskräften gesenkt, der Frauenanteil in allen Bereichen erhöht, bei der Stadt ausgebildete Kräfte übernommen und das Ausbildungsangebot vergrößert werden. Bei Einstellungen wollen wir verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Stadt soll für ihren eigenen Bedarf weiter ausbilden. Die städtischen Wirtschaftsbetriebe sollen darin unterstützt werden, Ausbildungsplätze auch über den eigenen Bedarf hinaus zu schaffen. • Moderne Instrumente der Personalführung und -förderung sollen verstärkt eingesetzt werden. Das Führungspersonal ist wie das Fachpersonal gezielt auf die künftigen Aufgaben vorzubereiten und für die Umsetzung notwendiger Veränderungsprozesse zu schulen. • <u>Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Interessen streben wir die Möglichkeit einer vollzeitnahen Arbeitszeitreduzierung an. Zugleich fordern wir insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten Angebote betrieblicher Kinderbetreuung.</u> <p><u>6.6 Moderne Buchführung</u></p> <p>Zu einer handlungsfähigen und bürgernahen Verwaltung gehören Transparenz und Kostenbewusstsein auf allen Ebenen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung weiter sparsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht. Die Einnahmesituation der Stadt ist zu verbessern; die Ausgaben sind stetig zu überprüfen, Einsparpotenziale müssen genutzt werden. Die von uns eingeleitete Umstellung der kameralistischen Haushaltsführung auf die in der Wirtschaft praktizierte doppelte Buchführung (Doppik) ist ein weiterer wesentlicher Schritt für mehr Transparenz und zur Stärkung des Kostenbewusstseins.</p> <p><u>6.7 Gebietsreform voranbringen [siehe Antrag von Conrad und Lutz zu Zeile 976]</u></p> <p>Wir Grünen haben als erste die Diskussion zur Gebietsreform in Gemeinden und Kreisen angestoßen. Kiel sollte nach unserer Überzeugung dem Regionalkreis Mittelholstein mit der Kreisstadt Neumünster angehören. Dieser Zuschnitt würde den wirtschaftlichen Korridor von Hamburg aus entwickeln und unterstützt das strukturschwächere Neumünster in der wirtschaftlichen Entwicklung.</p> <p>Wohn- und Wirtschaftsräume müssen sich auch in den Gebietszuschnitten der Kommunen darstellen. Wir fordern eine konsequente Gebietsreform des Kieler Umlandes. Die Menschen mit hoher Leistungskraft finden ihren Arbeitsplatz in Kiel, wohnen allerdings außerhalb, wo sie auch ihre Steuern bezahlen, während die Hilfebedürftigen wegen des guten Fürsorgeangebotes aus dem Umland nach Kiel ziehen. Stadt-Umland-Beziehungen in Verkehrs-, Abwasser- und Müllfragen werden mühsam und teuer durch Sondergremien</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>organisiert. Mit diesen Verhältnissen muss Schluss gemacht werden.</p> <p><u>6.8 Sozial und ökologisch verantwortliche öffentliche Beschaffung</u> <u>[siehe Antrag von Florian zu Zeile 976]</u></p> <p>Zu Transparenz und Kostenbewusstsein in der öffentlichen Beschaffung gehört für uns Grüne auch die Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstandards.</p> <p><u>Darum haben wir bereits durchgesetzt, dass bei städtischen Vergaben keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden dürfen. Wenn möglich, ist den Produkten aus fairem Handel der Vorzug zu geben. Bei der Landeshauptstadt Kiel haben künftig Anbieter keine Chance, deren Angebot gegen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie etwa Kinderarbeit, verstößt.</u></p> <p>Wir wollen, dass Kiel und seine Eigenbetriebe generell beim Einkauf etwa von Dienstkleidung, Computertechnik, Pflastersteinen sowie bei Ausschreibungen die nachgewiesene Einhaltung der Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Bedingung macht. Die Verwendung kommunaler Mittel in Kiel muss in Verantwortung für faire und ökologische Arbeits- und Handelsverhältnisse geschehen, soweit dies rechtlich möglich ist. Darum treten wir für ein soziales und ökologisches Beschaffungswesen ein.</p> <p><u>6.9 Zentrale Beschwerdestelle</u></p> <p><u>Eine zentrale Beschwerdestelle, an die sich alle Bürgerinnen und Bürger wenden können, wenn sie Kritik und Anregungen äußern wollen, gleichgültig ob telefonisch, per Email oder im direkten Gespräch, ist Ausweis einer kompetenten und bürgernahen Aufgabenerledigung.</u> Auf Grund unserer Initiative hat die Beschwerdestelle ihre Arbeit aufgenommen. Wir fordern für die Stadtverwaltung ein dauerhaftes und angemessen ausgestattetes Beschwerdemanagement. In den Rathäusern, auf Veröffentlichungen der Stadt, im Internet und auf allen städtischen Formularen soll auf die Beschwerdestelle hingewiesen werden.</p> <p><u>6.10 Mobiles Rathaus</u></p> <p>In Kiel leben immer mehr Menschen, die in ihrer Mobilität derart eingeschränkt sind, dass sie Behörden nicht mehr aufsuchen können. Bereits jetzt besteht bei der Verwaltung das Angebot, bei Bedarf zu den Bürger/innen nach Hause zu kommen. Diesen positiven Ansatz wollen wir ausbauen und uns für ein Mobiles Rathaus einsetzen. Denn dank der modernen Kommunikationstechnik sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mobilen Rathauses in der Lage, eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen in einer persönlichen Atmosphäre direkt vor Ort zu günstigen Öffnungszeiten zu erbringen. Dazu sollen zumindest die Aufgaben des Einwohnermeldeamtes – Melde- und Passangelegenheiten – und des Sozialamtes gehören.</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Wir setzen uns aber auch <u>zugleich</u> dafür ein, dass bedarfsorientiert weitere Außenstellen der Verwaltung eingerichtet werden. Im Vorfeld soll aber das bestehende Angebot auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft werden. Dort wo es sinnvoll ist, sollen die Außenstellen Aufgaben des Einwohnermeldeamtes, der Kfz-Zulassung und des Sozialamtes bürgernah vor Ort in den Stadtteilen wahrnehmen. Hierbei ist auch die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden zu verstärken, um durch Kooperationen positive Effekte für die Bürgerinnen und Bürger in der Förderregion zu schaffen. Ebenso soll die Verwaltung Bürgersprechstunden und direkte themenbezogene Kontakte vor Ort anbieten.</p> <p><u>Hebesätze wird ersatzlos gestrichen [ex. 6.7]</u></p> <p><u>6.11 Ombudsstelle „Korruption“</u> Transparentes Handeln staatlicher Stellen und die Offenlegung behördlicher Vorgänge sind Ausdruck einer bürgernahen Aufgabenwahrnehmung. Zugleich sind sie das Mittel gegen Korruption. Korruption kostet die öffentlichen Haushalte jährlich Millionen der knappen Gelder, denn die Bestechungsgelder werden auf die Rechnungen aufgeschlagen. Entsprechend der Empfehlung von Transparency International – einer weltweit agierenden Vereinigung gegen Korruption – haben wir eine Ombudsstelle gegen Korruption eingerichtet. Die Ombudsfrau bzw. der Ombudsmann sind Ansprechpartner für den Verdacht von Unregelmäßigkeit in der Stadt.</p>
976	<p>Conrad Hansen, Lutz Oschmann <i>[Vom Vorstand übernommen]</i></p>	<p>„Reformen der Landesregierung“ als neuer Unterpunkt 6.5 in die vorliegende Entwurf eingefügt: Die Grünen haben als erste die Diskussion zur Gebietsreform in Gemeinden und Kreisen angestoßen. Kiel sollte nach unserer Überzeugung dem Regionalkreis Mittelholstein mit der Kreisstadt Neumünster angehören. Dieser Zuschnitt würde den wirtschaftlichen Korridor von Hamburg aus entwickeln und unterstützt das strukturschwächere Neumünster in der wirtschaftlichen Entwicklung. Wohn- und Wirtschaftsräume müssen sich auch in den Gebietszuschnitten der Kommunen darstellen. Wir fordern eine konsequente Gebietsreform des Kieler Umlandes. Die Menschen mit hoher Leistungskraft finden ihren Arbeitsplatz in Kiel, wohnen allerdings außerhalb, wo sie auch ihre Steuern bezahlen, während die Hilfebedürftigen wegen des guten Fürsorgeangebotes aus dem Umland nach Kiel ziehen. Stadt-Umland-Beziehungen in Verkehrs-, Abwasser-, und Müllfragen werden mühsam und teuer durch Sondergremien organisiert. Mit diesen Verhältnissen muss Schluss gemacht werden.</p>
	<p>Florian Peters: <i>[Vom Vorstand übernommen]</i></p>	<p>Es wird ein neuer Unterpunkt „6.5 Sozial und ökologisch verantwortliche öffentliche Beschaffung“ eingefügt: „Zu Transparenz und Kostenbewusstsein in der öffentlichen Beschaffung gehört für uns Grüne auch die Einhaltung sozialer und ökologischer Produktionsstandards. Deshalb wollen wir, dass die Landeshauptstadt</p>

Zeilen- nummer	Antragssteller- Innen	Antragstext
		<p>Kiel und ihre Eigenbetriebe beim Einkauf z.B. von Dienstkleidung, Computertechnik, Pflastersteinen usw. sowie bei Ausschreibungen die nachgewiesene Einhaltung der Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zur Bedingung macht. Die Verwendung kommunaler Mittel in Kiel muss in Verantwortung für faire und ökologische Arbeits- und Handelsverhältnisse geschehen, soweit dies rechtlich möglich ist.“</p> <p>Begründung:</p> <p><i>Der Einkauf der öffentlichen Hand verfügt in Deutschland über eine beträchtliche Nachfragemacht, davon der überwiegende Teil in der Verantwortung der Kommunen. Trotzdem wird, abgesehen von Tariftreuregelungen, in der Regel ausschließlich nach dem Prinzip vergeben, dass der billigste Anbieter gewinnt. Obwohl europäisches Recht dies bereits vorsieht, werden bisher meist keine ökologischen und sozialen Mindeststandards gefordert.</i></p> <p><i>Unter welchen Bedingungen Computer für städtische Verwaltungen oder Pflastersteine für die Innenstadt in China oder Indien produziert werden, darf öffentlichen Einkäufern jedoch nicht egal sein. Ausbeutung und Raubbau dürfen mit Kieler Steuermitteln nicht unterstützt werden. Deshalb sollten wir Kieler Grüne uns dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt Kiel dem Vorbild von Städten wie Neuss und Düsseldorf folgt und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards für die öffentliche Beschaffung zur Bedingung macht.</i></p> <p><i>Die Mehrkosten einer derartigen Regelung dürften sich in sehr engem Rahmen halten, die Signalwirkung für die Anbieter wäre beträchtlich. Überdies gehört es auch zum Leitbild einer transparenten und bürgernahen Verwaltung, dass Bürgerinnen und Bürger die Produktionsbedingungen und Qualitätsstandards von Gütern nachvollziehen können, die mit ihren Steuergeldern beschafft werden. Transparenz im Verwaltungshandeln darf nicht an der Rathaustür aufhören.</i></p>
1006 – 1011	Monika Heinold [Vom Vorstand übernommen]	Kapitel „ 6.7 Hebesätze “ ersatzlos streichen
1031	Katja Günther [Vom Vorstand, unter Hinweis auf Modifikationen, übernommen]	<p>Es wird ein neuer Unterpunkt „Ökologische Verwaltungsführung“ eingefügt::</p> <p>Die Verwaltung hat sich umwelt-, insbesondere klimagerecht zu verhalten. Hierbei sind bereits Fortschritte erzielt worden. So haben wir erreicht, dass das „Stattauto“ zum Bestandteil des Mobilitätsmanagements der Stadt geworden ist. Das Pendlernetz kann eine sinnvolle Ergänzung sein. Wir wollen, dass sämtliche Bereiche der Verwaltung auf den Prüfstand kommen. Eine wesentliche Rolle spielt die Beschaffung der Verwaltung. Wir wollen eine ökologische Vergabeverordnung vom schadstofffreien Büro bis zur klimaneutralen Reise.</p>